

Mit dem Pentagon-Handbuch zum Kriegsrecht wurden auch die Voraussetzungen für die Niederschlagung von Aufständen in den USA selbst geschaffen. (Vierter von vier Artikeln)

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 218/15 – 30.11.15

Das Pentagon-Handbuch zum Kriegsrecht, Teil 4 Rezepte für den totalen Krieg und die Errichtung einer Militärdiktatur

Von Thomas Gaist

World Socialist Web Site, 06.11.15

(<http://www.wsws.org/en/articles/2015/11/06/laws-n06.html>)

Das ist der letzte von insgesamt vier Artikeln über das neue Pentagon-Handbuch zum Kriegsrecht. Der erste Artikel ist aufzurufen unter http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP21215_201115.pdf , der zweite unter http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP21615_251115.pdf und der dritte unter http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP21715_271115.pdf .

Das Pentagon behauptet, "wer einen Befehl befolge", könne kein Kriegsverbrechen begehen

Wie in früheren Artikeln dieser Reihe bereits nachgewiesen wurde, ist das neue "Pentagon-Handbuch zum Kriegsrecht" (s. http://www.dod.mil/dodgc/images/law_war_manu-al15.pdf) nur ein Neuaufguss autoritärer Rechtstheorien, die das Nazi-Regime in Deutschland und andere faschistische Regierungen entwickelt haben.

Der Versuch des US-Verteidigungsministeriums, mit seinem Handbuch zum Kriegsrecht die Unanfechtbarkeit militärischer Befehle (und die rechtliche Immunität der sie Ausführenden) zu rechtfertigen, folgt diesem Vorbild und hat eine geradezu unheimliche Ähnlichkeit mit dem Hauptargument der Verteidiger der Nazi-Kriegsverbrecher im Nürnberger Prozess, die vortrugen, ihre Mandanten hätten "ja nur auf höheren Befehl gehandelt". (Das 4. Nürnberger Prinzip lautet: Handeln auf höheren Befehl befreit nicht von völkerrechtlicher Verantwortlichkeit, sofern der Täter auch anders hätte handeln können, s. http://www.von-nuernberg-nach-den-haag.de/seite1/die_nuernberger_prinzipien/ .) In totalem Widerspruch zum 4. Nürnberger Prinzip wird Untergebenen versichert, sie könnten sich darauf verlassen, dass alle von ihren Vorgesetzten gegebenen Befehle rechtlich unangreifbar seien. Die Soldaten könnten deshalb alle Befehle bedenkenlos und ohne Angst vor strafrechtlichen Konsequenzen befolgen. (Wer im Krieg einen Befehl verweigert, riskiert hingegen, erschossen zu werden.)

Nach dem Pentagon-Handbuch muss den US-Soldaten schon während der Ausbildung beigebracht werden, dass von Vorgesetzten erteilte Befehle rechtlich unanfechtbar sind: "Untergebene, die das Gegenteil nicht beweisen können, haben davon auszugehen, dass gegebene Befehle rechtmäßig sind. Selbst wenn der Befehl eines Vorgesetzten nicht rechtmäßig wäre, können sie bei Ausführung eines solchen Befehls nicht selbst dafür verantwortlich gemacht werden." [S. 1.148]

"Sollte es in seltenen Fällen einmal vorkommen, dass ein Untergebener einen unrechtmäßigen Befehl ausgeführt hat, trifft ihn keine Schuld, weil er davon ausgehen musste, dass auch dieser Befehl rechtmäßig war," steht in einer Fußnote, die mit einem Zitat aus "Winthrop's Military Law and Precedents" (Winthrop's Militärrecht und Präzedenzfälle, s. https://www.loc.gov/rr/frd/Military_Law/ML_precedents.html) belegt ist. [S. 1.058f]

"Wenn jüngere Offiziere Zweifel an der Rechtmäßigkeit eines Befehls eines Vorgesetzten haben, können sie den Befehl so "interpretieren", dass ihnen seine Ausführung legitimer erscheint. "Befehle und Anordnungen sollten nicht so verstanden werden, dass sie automatisch Verstöße gegen das Kriegsrecht erlauben, wenn andere Interpretationen möglich sind," heißt es weiter in dem Handbuch.

Die Autoren weisen auch darauf hin, dass die Umsetzung des Kriegsrechts durch "militärische Instruktionen, Vorschriften und Verfahrenshinweise" des Pentagons erläutert wird. "Die Umsetzung des Kriegsrechts nach den vom Pentagon vorgegebenen Instruktionen, Vorschriften und Verfahrenshinweisen hat die Wirkung, dass sie rechtlich unanfechtbar bleibt, wenn die Anweisungen des Pentagons eingehalten werden. [S. 1.069]

Aus diesen Formulierungen ist ersichtlich, dass die Rechtsanwälte und Karrieristen der Pentagon-Bürokratie das völkerrechtlich abgesicherte Kriegsrecht jeweils nach eigenen Vorstellungen manipulieren können.

Planungen für die Unterdrückung der US-Bevölkerung

Zusätzlich zu seiner Bedeutung für internationale Konflikte liefert das Pentagon-Handbuch zum Kriegsrecht auch Anweisungen für die Niederschlagung von Aufständen innerhalb der USA selbst, die seit dem Ende der 1960er Jahre vom US-Verteidigungsministerium als direkte Antwort auf die politische Radikalisierung der Arbeiterklasse und der unteren Schichten des Mittelstandes entwickelt wurden.

Die in dem Handbuch zum Kriegsrecht beschriebenen Lager zur massenhaften Internierung von Zivilisten sind bereits eingerichtet oder werden vorbereitet (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_11/LP24111_191211.pdf und http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP10613_020813.pdf) – vom Department of Defense Civil Disturbance Directorate (vom Amt des US-Verteidigungsministerium für zivile Unruhen, s. http://www.globalsecurity.org/military/ops/garden_plot.htm), von der Federal Emergency Management Agency / FEMA (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Federal_Emergency_Management_Agency) und vom Department of Homeland Security (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Ministerium_f%C3%BCr_Innere_Sicherheit_der_Vereinigten_Staaten), dem die FEMA jetzt untersteht.

Der treibende Impuls für diese Vorbereitungen sind befürchtete bewaffnete Aufstände der Arbeiterklasse und die wachsende Anzahl der Kriegsgegner in der US-Bevölkerung.

Nach den blutigen Unruhen in einigen US-Städten im Jahr 1967 (die sich aus Demonstrationen gegen den Vietnam-Krieg entwickelt hatten, s. <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-46135731.html>) schuf das Pentagon als dauerhafte Einrichtung das Directorate of Civil Disturbance Planning and Operations, um für die Bekämpfung innerer Unruhen auch durch Bundestruppen gerüstet zu sein.

Seit 1968 aktualisieren Planer des US-Militärs jährlich den US Army Civil Disturbance Plan (s. <https://fas.org/irp/doddir/army/fm3-19-15.pdf>) mit dem Tarnnamen "Operation Garden Plot" (s. https://en.wikipedia.org/wiki/Operation_Garden_Plot). Darin ist festgelegt, welche Einheiten der US-Army innerhalb von 6 Stunden in welche US-Großstädte einrücken müssen, um dort ausgebrochene Aufstände mit Waffengewalt niederzuschlagen. Der Plan wurde ursprünglich als Reaktion auf erwartete Massenstreiks, auf Antikriegsproteste, auf Unruhen in Gettos der Schwarzen und auf Aktionen rebellischer Studenten an Universitäten gerechtfertigt, die als "konterrevolutionäre Bewegungen" bekämpft werden müssten.

Mit Aktionen im Rahmen der Operation Garden Plot sollte auf "Streiks, zivile Proteste und Arbeitsverweigerungen reagiert werden, die sich gegen militärische Aktivitäten und Militärbasen richten"; außerdem sollten "größere Störungen der öffentlichen Ordnung beseitigt werden".

In diesem Civil Disturbance Plan ist zu lesen: "Zivile Unruhen, die von Behörden einzelner Städte oder Bundesstaaten nicht mehr eingedämmt werden können, sind jederzeit möglich. Die Bewegungen zum Schutz der Umwelt, gegen den Rassismus und die Demonstrationen gegen die Außenpolitik der US-Regierung, besonders gegen den Vietnam-Krieg und die damit zusammenhängenden zahlreichen Einberufungen zum Militärdienst, gefährden den politischen und sozialen Frieden und könnten zu gewaltsamen Angriffen auf unsere Gesellschaftsordnung führen."

Im Rahmen der Operation Garden Plot sollen "städtische Gebiete durch Polizei- und Militärpatrouillen gesichert, mit Hubschraubern überwacht und bei Bedarf durch den Einsatz von Artillerie und Panzern mit taktischer Unterstützung aus der Luft und durch psychologische Kriegsführung befriedet werden".

"Unruhen, die das Eingreifen von regulären US-Truppen erfordern, können gleichzeitig in bis zu 25 über das ganze Staatsgebiet der CONUS, der Continental United States, verteilten Städten auftreten. Zur Bekämpfung lokaler Aufstände sind jeweils bis zu fünf Brigaden mit je 2.000 Soldaten plus zusätzliche unterstützende Truppen erforderlich; für Washington D.C. werden mindestens 30.000 Soldaten benötigt," legt der Plan fest. [Zitiert aus "US Department of the Army Civil Disturbance Plan 'GARDEN PLOT' vom 10. September 1968, nachzulesen unter http://www.infowars.com/media/DA-CivilDisturbPlanGardenPlot_1968.pdf]

Die Planungen für die "Continuity of Government / COG" (die Erhaltung der Regierungsfähigkeit, s. <https://whitehouse.gov1.info/continuity-plan/>), eine Umschreibung für die Anwendung des Kriegsrechtes auch in den USA selbst, "hat mit der Überwachung linksorientierter US-Bürger durch US-Militärgeheimdienste und die CIA während der Proteste in den 1960er und 1970er Jahren begonnen", stellt Peter Dale Scott in seiner Studie "The Road to 9/11: Wealth, Empire and the Future of America" (Die Straße zu den Anschlägen am 11.09.2001: Reichtum, Imperium und die Zukunft der USA) zum Wachstums des Geheimdienstapparates im Nachkriegszeitalter fest, die über amazon zu beziehen ist.

Um "Erkenntnisse über die Unruhestifter" in den 1960er und 1970er Jahren zu sammeln, hatte das Pentagon in den Hauptquartieren der Nationalgarde aller Bundesstaaten Emergency Operation Centers / EOCs (weitere Infos dazu sind nachzulesen unter https://en.wikipedia.org/wiki/Emergency_operations_center) eingerichtet und mit Analysten der US-Militärgeheimdienste besetzt, die sein innenpolitisches Lagezentrum ständig mit aktuellen Informationen versorgen.

Diese Initiative begann im Mai 1971 mit der Einrichtung des "California Specialized Training Institute / CSTI" (s. <http://www.caloes.ca.gov/cal-oes-divisions/california-specialized-training-institute>) durch Ronald Reagan, der damals noch Gouverneur von Kalifornien war. Von Mai 1971 bis Mai 1975 absolvierten im CSTI in San Luis Obispo mehr als 4.000 Nationalgardisten, Soldaten der US Army, Polizisten und Angestellte privater Sicherheitsfirmen eine "Ausbildung für Notfälle".

Da die sozialen Bewegungen nach 1975 starken Zulauf erhielten, wurden die Planungen zur Anwendung des Kriegsrechtes auch im Innern der USA immer stärker auf die höchste Regierungsebene in Washington verlagert und durch zahlreiche Notfallverordnungen ab-

gestützt (die nun alle in nochmals verschärfter Form in das neue Pentagon-Handbuch zum Kriegsrecht eingeflossen sind)

FEMA und REX 84

In den letzten vier Jahrzehnten hat sich die ohnehin schon sehr autoritär strukturierte US-Exekutive ständig weitere politische Instrumente (zur Unterdrückung auch der eigenen Bevölkerung) verschafft; praktisch jedes Jahr wurden neue Verordnungen und Vorschriften erlassen, die nur dann gebraucht werden, wenn ein Polizeistaat errichtet werden soll.

Der lange Zeitraum und die Konsequenz, mit der die Errichtung eines US-Polizeistaates vorbereitet wurde, lassen darauf schließen, dass es sich nicht nur um eine Initiative einiger reaktionärer bourgeois Politiker, sondern um eine langfristig angelegte Strategie handelt, die wegen der wachsenden Spannungen zwischen den Klassen der US-Gesellschaft und wegen des schwindenden Einflusses des US-Imperialismus auf der ganzen Welt als notwendig (und unvermeidlich) angesehen wird.

Das Pentagon-Handbuch zum Kriegsrecht dehnt die bereits seit den 1970er Jahren bestehenden juristisch verbrämten Möglichkeiten zur massenhaften Internierung und Inhaftierung von US-Bürgern noch weiter aus. Mit der Aktualisierung des US Army Civil Disturbance Plan's verschaffte sich das Pentagon bereits im Jahr 1978 das "Recht", in Zusammenarbeit mit lokalen und staatlichen Behörden Internierungslager errichten zu können.

"Die Unterstützung ziviler Behörden bei der Internierung von US-Bürgern kann reichen von einfachen Maßnahmen wie der Verstärkung der Polizei beim Transport von Inhaftierten in Internierungslager bis zum Errichten und Betreiben eigener Lager zur Ergänzung der von zivilen Behörden betriebenen," stand in dem Civil Disturbance Plan der US-Army.

Der zivile Unterdrückungsapparat der US-Regierung wurde im Lauf der Jahrzehnte immer wieder ergänzt und umgebaut, um ihn noch nützlicher für die seit Langem beabsichtigte Errichtung einer Militärdiktatur zu machen. Bereits unter Präsident Carter wurden Verordnungen "zur zivil-militärische Zusammenarbeit in Notfällen" erlassen – unter Kontrolle der ebenfalls neu errichteten Federal Emergency Management Agency / FEMA. Mit der Executive Order (Durchführungsverordnung) 12148 (weitere Infos dazu unter https://en.wikipedia.org/wiki/Executive_Order_12148), die Präsident Carter 1979 unterzeichnet hat, begann die seither nicht mehr unterbrochene Zusammenarbeit der FEMA mit dem Pentagon in allen Fragen des "Zivilschutzes".

Anfang der 1980er Jahre richtete die Reagan-Regierung eine weitere Instanz zur Verschärfung des Kriegsrechts auf höchster Regierungsebene ein. 1981 wurde CSTI-Chef Oberst Louis Giuffrida zu Reagans (erstem FEMA-Chef, also gewissermaßen zum) "Zaren für den Notfall", ernannt.

Giuffrida hatte nicht erst dann politische Aufmerksamkeit erregt, als er für den künftigen US-Präsidenten Reagan das CSTI aufbaute; schon mit seinem am US Army War College verfassten Thesenpapier "National Survival - Racial Imperative" (s. <https://archive.org/details/pdfy-h7zSh86fNBKrtRJU>), in dem er die "Internierung von Millionen Afro-Amerikanern im Falle von Rassenunruhen" forderte, hatte er großes Aufsehen erregt.

Im Dezember 1982 genehmigte Reagan die Bildung des Emergency Mobilization Preparedness Board / EMPB (des Ausschusses zur Vorbereitung von Maßnahmen für Notfälle. s. unter http://www.historycommons.org/entity.jsp?entity=emergency_mobilization_preparedness_board_1), der mit der Planung der künftigen Zusammenarbeit der FEMA und des Pentagons in Notfällen beauftragt wurde.

Als Mitglied des EMPB hat Lt. Col. (Oberstleutnant) Oliver North (s. unter https://de.wikipedia.org/wiki/Oliver_North), der durch die Iran-Contra Affäre (s. unter <https://de.wikipedia.org/wiki/Iran-Contra-Aff%C3%A4re>) traurige Berühmtheit erlangte, den Plan REX 84 entwickelt, der heute als wichtigster Vorläufer des 2015 veröffentlichten Pentagon-Handbuchs zum Kriegsrecht betrachtet werden kann.

Der Journalist Alfonso Chardy hat diesen Plan in einem 1987 für den *Miami Herald* geschriebenen Artikel bekannt gemacht. REX 84 (s. https://en.wikipedia.org/wiki/Rex_84) sah für den "Krisenfall" die sofortige Verhängung des Kriegsrechts, die Aussetzung der US-Verfassung, die Übernahme der Regierung durch die FEMA und die Einsetzung von US-Offizieren als Gouverneure und Chefs von Kommunalverwaltungen vor.

Obwohl der von Chardy enthüllte Plan REX 84 durch seine Erwähnung in der Kongress-Anhörung zum Iran-Contra Skandal, in der es um die geheimen US-Waffenverkäufe an den Iran und die Nutzung des Verkaufserlöses zur Finanzierung der nicaraguanischen Contra-Rebellen ging, allen US-Parlamentarier bekannt war, wurde die Schaffung der politischen und juristischen Voraussetzungen für die Errichtung einer US-Militärdiktatur nicht verlangsamt.

Unter Berufung auf Carters Executive Order 12171 und die Executive Order 12681 (s. <http://www.presidency.ucsb.edu/ws/?pid=23530>) des Präsidenten George H. W. Bush aus dem Jahr 1989 wurde die FEMA-Führung zur Aussetzung des National Labor Relations Act (und der darin garantierten Rechte der Gewerkschaften, s. unter https://en.wikipedia.org/wiki/National_Labor_Relations_Act) ermächtigt; die FEMA kann jetzt Arbeiter und Angestellte zur Zwangsarbeit verpflichten und die Leitung von Teilen der Wirtschaft oder einzelner Betriebe dem US-Militär oder US-Geheimdiensten übertragen.

In den 25 Jahre seit der Auflösung der Sowjetunion wurden die Vorbereitungen für die Errichtung einer US-Militärdiktatur verstärkt fortgesetzt. Sowohl unter den Präsidenten Bush I und Clinton als auch unter Bush II fanden Großeinsätze des US-Militärs gegen die US-Bevölkerung statt.

Im April 1992 hat Bush I Tausende von Soldaten der US Army, des Marine Corps und Agenten von Geheimdiensten nach Los Angeles entsandt, um die Unruhen einzudämmen, die am 29. April begannen (s. dazu auch https://de.wikipedia.org/wiki/Unruhen_in_Los_Angeles_1992). Während der Republican National Convention im August 2000 (auf der George W. Bush zum republikanischen Präsidentschaftskandidaten gekürt wurde, s. https://en.wikipedia.org/wiki/2000_Republican_National_Convention) hat das Pentagon Militäreinheiten zum Schutz der Versammlung und zur Eindämmung von Unruhen in Bereitschaft versetzt; das geht aus vertraulichen FEMA-Dokumenten hervor, die Declan McCullagh von *Wired News* veröffentlicht hat [s., <http://www.politechbot.com/p-01302.html>]

Im April 2002 errichtete die Regierung Bush II das Regionalkommando NORTHCOM, das für ganz Nordamerika zuständig ist. Dieses Kommando hat die bisher für die "Operation Garden Plot" geltenden Planungen durch den 2010 durchgesickerten CONPLAN 3501 (s. <https://publicintelligence.net/usnorthcom-dsca/>) ersetzt, aus dem zu ersehen ist, dass NORTHCOM bereits detaillierte Pläne für eine militärische Besetzung der USA entwickelt hat.

Schlussfolgerungen

Mit dem neue Pentagon-Handbuch zum Kriegsrecht hat die herrschende US-Elite den Rubikon überschritten (s. <https://de.wikipedia.org/wiki/Rubikon>); die geplante Beseitigung der bürgerlichen US-Demokratie, die auf den in der US-Verfassung niedergelegten demokrati-

schen Prinzipien aufbaut, wird jetzt kaum noch aufzuhalten sein. Protest dagegen gab es bisher nur in einem kurzen Leitartikel der *New York Times*, in dem die beabsichtigte scharfe Kontrolle der Medien kritisiert wurde. Keiner der demokratischen und republikanischen Bewerber um die Präsidentschaftskandidatur – vom "liberalen" Rand Paul bis zum "demokratischen Sozialisten" Bernie Sanders – hat sich bisher zum neuem Pentagon-Handbuch zum Kriegsrecht geäußert.

Nach diesem Handbuch soll der US-Militärapparat zur höchsten gesetzgebenden Gewalt auf unserem Planeten werden, seine selbstgemachten Gesetze nach Belieben erlassen, ständig modifizieren und der gesamten Weltbevölkerung aufzwingen können.

Das Handbuch ist nicht nur ein Beleg für den Größenwahn der US-Generalität und der Pentagon-Bürokraten, es soll auch den Kapitalismus für alle Zeiten als einzige Gesellschaftsform absichern.

Schon Lenin hat in seinem epochalen Werk "Staat und Revolution" (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Staat_und_Revolution) erklärt, die Entwicklung des kapitalistischen Staates seit dem Ende des 19. Jahrhunderts sei durch die ständige Stärkung der Exekutive, der Bürokratie und des Militärapparates charakterisiert.

Trotz einiger Unterschiede in der Regierungsform kapitalistischer Staaten besteht nach Lenin eine allgemeine Tendenz zur Zentralisierung der Macht in den Händen großer und beständiger Bürokratien, die in jedem kapitalistischen Staat die eigentliche Regierungsgewalt ausüben und immer an der Macht bleiben, völlig unabhängig davon, welche Parteien oder Personen die letzte Wahl gewonnen haben.

In seinem anderen Hauptwerk "Der Imperialismus als letzte Stufe des Kapitalismus" (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Der_Imperialismus_als_h%C3%B6chstes_Stadium_des_Kapitalismus) untersucht Lenin die wesentlichen Prozesse, die diese Entwicklung bewirkt haben. Seit den 1870er Jahren sicherte die Erringung von Monopolen und die Erzielung von Superprofiten durch die Ausbeutung von Kolonien und in kolonialer Abhängigkeit gehaltenen Staaten die bis zu diesem Zeitpunkt größte Konzentration von Reichtum und Macht in den Händen von Finanzoligarchien.

Leo Trotzki, der zusammen mit Lenin die russischen Revolution anführte, erklärte im Manifest der ersten Kongresses der Kommunistischen Internationale (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Kommunistische_Internationale), die führenden Bankhäuser der USA und Europas hätten sich während und nach dem Ersten Weltkrieg mit den Militärs der bürgerlichen Staaten verbündet. "Das Finanzkapital, das die Menschheit in den Abgrund des Krieges stürzte, hat durch diesen Krieg selbst eine gewaltigen Veränderung erlebt," schrieb Trotzki 1919.

"Im Lauf des Krieges wurde diesen Wirtschaftsgruppen die Macht entrissen und ging direkt in die Hände der Militärs und des Staates über. Die Verteilung der Rohstoffe – des Öls aus Baku oder Rumänien, der Kohle aus dem Donbass, des ukrainischen Weizens, der deutschen Lokomotiven, Lastwagen und Automobile – die Rationierung der Lebensmittel im hungernden Europa, also alle grundsätzlichen Fragen des Wirtschaftslebens der Welt wurden nicht mehr in freier Konkurrenz durch nationale oder internationale Trusts und Konsortien geregelt, sondern durch direkt eingesetzte militärische Gewalt und allein zu deren Vorteil."

"Erst hat die Unterwerfung des Staates unter die Interessen des Finanzkapitals die Menschheit in das imperialistische Gemetzel gestürzt, durch dieses Gemetzel wurde aber

nicht nur der Staat, sondern auch das Finanzkapital selbst militarisiert; es kann seine wirtschaftlichen Interessen nur noch mit Blut und Eisen durchsetzen." [Die ersten fünf Jahre der Kommunistischen Internationale, Band 1, S. 46]

Mit diesen Überlegungen haben Trotzki und die Dritte Internationale bereits die Haupttendenz der imperialistischen Entwicklung erkannt, die sich in den Jahren zwischen den Kriegen abzeichnete und einen neuen Höhepunkt nach dem Zweiten Weltkrieg erreichte.

Mit der Verabschiedung des National Security Act's im Jahr 1947 (s. https://de.wikipedia.org/wiki/National_Security_Act), eines Gesetzes, das von der Wall Street nahestehenden Anwaltskanzleien erarbeitet wurde, die auch an der Schaffung der CIA, des Nationalen Sicherheitsrates und der US Air Force beteiligt waren, legten die großen US-Banken die Fundamente für das Wachstum eines auf Dauer angelegten "Sicherheitsstaates" (der ständig neue Waffen braucht und ihnen damit Höchstprofite sichert), der noch nicht vorstellbar war, als Lenin das Endstadium des bürgerlichen Staates beschrieb.

Die letzten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts und die ersten 15 Jahre des 21. sind durch eine extreme Zunahme der sozialen Ungleichheit gekennzeichnet, weil die herrschende Klasse der USA zivile Zweige der US-Industrie einfach stillgelegt hat. Unter diesen Bedingungen ist das neue Pentagon-Handbuch zum Kriegsrechts nicht anderes als ein Dokument zur weltweiten Rettung des kapitalistischen Systems. Mit einer unbarmherzigen konterrevolutionären Offensive, welche die Lebensbedingungen der überwiegenden Mehrheit der Weltbevölkerung zerstört und inzwischen auch von der Mehrheit der US-Bevölkerung abgelehnt wird, versuchen die Militärkommandeure in Washington und ihre Zahlmeister von der Wall Street ihre Privilegien zuhause durch die Errichtung einer Militärdiktatur und weltweit durch einen totalen Krieg zu retten.

(Wir haben den 4. Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in runden Klammern versehen. Die Links und Seitenangaben in eckigen Klammern hat der Autor selbst eingefügt. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)

World Socialist Web Site

Published by the International Committee of the Fourth International (ICFI)

The Pentagon's Law of War Manual: Part four

A recipe for total war and military dictatorship

By Thomas Gaist

6 November 2015

This is the last of four articles analyzing the new US Department of Defense Law of War Manual. The first article was posted November 3. The second article was posted November 4. The third was posted November 5.

Pentagon embraces "just following orders" justification for war crimes

As previous segments have noted, key conceptions advanced in the Pentagon's Law of War Manual amount to little more than a rehash of authoritarian legal theories upheld by the Nazi regime and other fascist governments.

The Department of Defense (DOD) manual's protocols for enforcing the law of war and establishing the legality of military orders fall into this category, bearing an eerie resem-

blance to the doctrine asserted by the main defendants at the Nuremberg Tribunal—that they were “just following orders.” In flat contradiction to the principles upheld at Nuremberg, subordinates are instructed to “presume” that commands are lawfully issued and are granted sweeping immunity from responsibility for war crimes committed under orders from the military brass.

US military personnel are instructed and trained to regard orders emanating from the command unit as legal by default, the DOD manual states. The document states: “Subordinates, absent specific knowledge to the contrary, may presume orders to be lawful. The acts of a subordinate done in compliance with an unlawful order given by a superior are generally excused.” (P. 1,148)

“Except in such instances of palpable illegality, which must be of rare occurrence, the inferior should presume that the order was lawful and authorized and obey it accordingly,” one footnote declares, citing Winthrop Military Law and Precedents in defense of this position. (P. 1,058f)

In cases of ambiguity, junior officers are encouraged to concoct an “interpretation” of orders that might render them more lawful. “Commands and orders should not be understood as implicitly authorizing violations of the law of war where other interpretations are reasonably available,” the manual states.

The authors write that the law is enforced through “military instructions, regulations and procedures” issued by the Pentagon. “The implementation of law of war treaties and obligations through military instructions, regulations, and procedures has the effect of making such rules enforceable because military personnel are required to comply with duly issued instructions, regulations, and procedures,” the manual states. (P. 1,069)

These formulations point to the fact that there is no real distinction between the decrees of the Pentagon bureaucracy and the DOD “Law of War”, which, far from being actual law, is merely a special collection of military orders issued by cabals of military lawyers and career defense officials.

Planning for mass repression at home

In addition to its international significance, the Law of War Manual summarizes and integrates plans for mass repression and martial law within the US itself that have been developed since the late 1960s by the US Defense Department in direct response to the political radicalization of the working class and layers of the middle class.

The procedures governing mass detention enumerated in the Law of War Manual have already been partially worked out by numerous agencies and programs run by the Department of Defense Civil Disturbance Directorate, the Federal Emergency Management Agency (FEMA), and the Department of Homeland Security, which now incorporates FEMA.

The driving impetus behind these preparations has been the threat of insurrectionary struggles by the working class and the associated growth of anti-war sentiment within the population.

In the aftermath of the 1967 urban upheavals, DOD established the Directorate of Civil Disturbance Planning and Operations as a permanent body to oversee plans for suppression of domestic unrest by federal troops.

Beginning in 1968, US military planners developed frequent updates to the US Army Civil Disturbance Plan, codenamed "Operation Garden Plot." Updated on an almost yearly basis since then, Garden Plot calls for the rapid deployment of federal military forces to every major city in the US, with initial contingents of troops scheduled to arrive within six hours of call-up. The plan was touted by its original architects as a "counterrevolutionary" response to the mass strikes, anti-war protests, ghetto uprisings, and radicalization of university campuses during this period.

Garden Plot operations were to be activated in response to "strikes, civil disturbances and labor disturbances which affect military installations or other strikes or labor and civil disturbances of sufficient magnitude to indicate a probable employment of Federal troops to preserve or restore order."

The document continued: "Civil disturbances which are beyond the control of municipal or state authorities may occur at any time. Dissatisfaction with the environmental conditions contributing to racial unrest and civil disturbances and dissatisfaction with national policy as manifested in the anti-draft and anti-Vietnam demonstrations are recognized factors within the political and social structure. As such, they might provide a preconditioned base for a steadily deteriorating situation leading to demonstrations and violent attacks upon the social order."

Garden Plot called for "saturation of areas with police and military patrols," continuous helicopter sorties over targeted areas, and deployment of artillery, tanks, tactical air support and psychological warfare against demonstrators in US cities.

"Disturbances requiring Federal intervention will occur simultaneously in up to 25 objective areas throughout the CONUS [continental United States], necessitating the employment in each objective area of up to five 2,000-man brigades plus supporting troops, with the exception of Washington, D. C., when forces totaling 30,000 troops may be employed," the plan stated. (Quoted from "US Department of the Army Civil Disturbance Plan 'GARDEN PLOT' 10-September-1968").

Planning for Continuity of Government (COG), a euphemism for martial law, "assumed its current shape in response to the mobilization of US Army intelligence and the CIA against left-wing Americans during the civil disorder of the 1960s and 1970s," as Peter Dale Scott noted in his study of the growth of the military-intelligence apparatus during the postwar era (9/11: Wealth, Empire and the Future of America, 11).

To provide intelligence for domestic counterinsurgency operations, during the 1960s and 1970s the DOD oversaw the establishment of Emergency Operations Centers (EOC), staffed by cells of federal military intelligence analysts maintaining constant communication with the Pentagon's "domestic war room" in National Guard headquarters across the country.

These initiatives were jumpstarted in May 1971 with the establishment of the California Specialized Training Institute (CSTI), authorized by then-Governor Ronald Reagan. Between 1971 and May 1975, more than 4,000 officials from the National Guard, the Army, police agencies and private corporations received training in "emergency preparedness" at the CSTI in San Luis Obispo.

As the social counterrevolution gained steam after 1975, martial law planning was steadily embedded in the upper reaches of the state apparatus and institutionalized through further executive orders.

FEMA and REX 84

The past four decades have witnessed a feverish build-up of authoritarian legal and political instruments that have been entrenched as a permanent part of the executive branch. Virtually every year has seen new orders and protocols developing the scaffolding of a police state.

The duration and continuity in such planning demonstrates that it is not simply the initiative of this or that reactionary bourgeois politician, but rather something that emerges organically from class relations within the United States and the deteriorating position of American imperialism in the world.

The Law of War Manual expands upon existing DOD plans authorizing mass detention of US citizens, dating from at least the 1970s. The 1978 update of the US Army Civil Disturbance Plan called in no uncertain terms for DOD to prepare to establish detention camps in liaison with state and local agencies.

“Plans for detention assistance to civilian authorities will range from the absolute minimum, such as assisting civil police in the guarding of civilians apprehended and awaiting transfer or en route to detention facilities, to the establishment and operation of temporary detention facilities to supplement those operated by civil authorities,” the document stated.

The civilian apparatus of the US government was increasingly remodeled over decades to serve as the administrative wing of the emerging military dictatorship-in-waiting. Executive decrees issued by the Carter administration consolidated civil and military planning for “national emergencies” under the control of the newly created Federal Emergency Management Agency (FEMA). Executive Order 12148, signed by President Carter in 1979, mandated continuous joint preparations by FEMA and DOD aimed at “civil defense planning.”

In the early 1980s, the Reagan administration presided over a further entrenchment of martial law planning cadres within the highest levels of the executive branch. In 1981, CSTI lead planner Colonel Louis Giuffrida was appointed “emergency czar” by President Reagan.

Giuffrida had attracted favorable attention from political forces assembled around the future President Reagan for his role in the development of the CSTI and his US Army War College thesis paper, “National Survival/ Racial Imperative,” which envisioned plans for detention of millions of “American Negroes” in “assembly centers or relocation camps.”

In December 1982, Reagan approved the formation of the Emergency Mobilization Preparedness Board (EMPB) to serve as a planning body for an expanded “Civil/Military Alliance in Emergency Management,” headed by FEMA and DOD.

It was while sitting as a member of the EMPB that Lt. Colonel Oliver North of Iran-Contra notoriety developed the REX 84 plan, a major precursor to the 2015 Law of War Manual.

As described by Alfonzo Chardy, a journalist who exposed the plans in a 1987 article for the Miami Herald, REX 84 outlined procedures for “suspension of the Constitution, turning control of the government over to the Federal Emergency Management Agency, emergency appointment of military commanders to run state and local governments, and declaration of martial law during a national crisis.”

Public exposure of REX 84 by Chardy and its mention during a congressional hearing on the Iran-Contra scandal, which involved the secret and illegal funding of the Nicaraguan

Contras by the US government, did not succeed in slowing the elaboration of the legal and political foundations for direct military rule.

Expanding upon the Carter administration's Executive Order 12171, Executive Order 12681, signed by President George H. W. Bush in 1989, exempted FEMA's National Preparedness Directorate from the National Labor Relations Act, authorizing FEMA to develop forced labor programs and oversee the direct takeover of sections of the economy by the military and intelligence agencies.

The twenty-five years since the dissolution of the Soviet Union have witnessed a further intensification of preparations for military occupation of the continental United States. The Bush I, Clinton, and Bush II administrations all oversaw large-scale mobilizations of the US military against the domestic population.

In April 1992, the Bush I administration ordered thousands of federal soldiers, Marines and intelligence agents to occupy Los Angeles in response to the riots that began on April 29. During the Republican National Convention in August of 2000, DOD placed federal military units on standby "to execute Operation Garden Plot and quell any serious civil disturbances," according to confidential FEMA documents acquired by Wired News. (Declan McCullagh, US military poised to respond to attack on GOP convention, Wired News, August 2000)

In April 2002, the Bush administration authorized the creation of the US Northern Command (NORTHCOM) as part of a new "Unified Command Plan." NORTHCOM, the first full-blown US military command focusing on the continental United States, was the descendant of military commands tasked with preparing and developing Garden Plot over the previous period. A NORTHCOM planning document leaked in 2010, titled CONPLAN 3501, showed that the command had rapidly developed a highly detailed division of labor for military occupation of the continental United States during the years following its formation.

Conclusion

The Law of War Manual is a watershed in the breakdown of American bourgeois democracy and the repudiation by the ruling elite of the democratic principles laid down in the Constitution. Outside of a brief protest by the New York Times, in a single editorial, the corporate-controlled media has said nothing about the new codification of Pentagon doctrine. Nor have any of the presidential candidates, Republican or Democratic, from the "libertarian" Rand Paul to the supposed "democratic socialist" Bernie Sanders.

As envisioned by the manual, the US military apparatus becomes the ultimate legal authority on the planet, making up and modifying its own "laws" in the course of military operations aimed at subjugating the entire world population to its dictates.

Rather than the outcome of megalomania on the part of US generals and officials, the manual flows from the objective logic of the development of capitalism as a world-historic social formation.

As Vladimir Lenin explained in his epochal work, *The State and Revolution*, beginning from the late 19th century, the development of the capitalist state in general has been characterized by the "perfecting and strengthening of the 'executive power,' its bureaucratic and military apparatus."

Despite differences in the forms of government of various capitalist nations, Lenin explained, there remains a clear universal tendency toward the increasing centralization of

power in the hands of the vast and permanent bureaucracies that constitute, in every capitalist state, a veritable “permanent government” that remains in power no matter which parties or individuals have won the latest round of elections.

In another of his central works, *Imperialism: The Highest Stage of Capitalism*, Lenin identified the essential economic processes driving this development. From the 1870s onward, the growth of monopolies and the extraction of super-profits from colonial or semi-colonial countries ensured the ever-greater concentration of wealth and power in the hands of financial oligarchies.

As Leon Trotsky, co-leader with Lenin of the Russian Revolution, explained in the *Manifesto of the First Congress of the Comintern*, the major US and European finance houses integrated themselves with the military agencies of the bourgeois state during and after the First World War. “Finance capital, which plunged mankind into the abyss of war, itself underwent a catastrophic change in the course of this war,” Trotsky wrote in 1919.

“During the course of the war, the regulating-directing role was torn from the hands of these economic groups and transferred directly into the hands of the military-state power. The distribution of raw materials, the utilization of Baku or Rumanian oil, Donbas coal, Ukrainian wheat, the fate of German locomotives, freight cars and automobiles, the rationing of relief for starving Europe—all these fundamental questions of the world’s economic life are not being regulated by free competition, nor by associations of national and international trusts and consortiums, but by the direct application of military force, for the sake of its continued preservation.

“If the complete subjugation of the state power to the power of finance capital had led mankind into the imperialist slaughter, then through this slaughter finance capital has succeeded in completely militarizing not only the state but also itself; and it is no longer capable of fulfilling its basic economic functions otherwise than by means of blood and iron.” (*The First Five Years of the Communist International*, Volume 1, P. 46)

With these conceptions, Trotsky and the Third International had already recognized the main tendencies of imperialist development that would dominate the interwar years and reach new heights during the post-World War II era.

With the passage of the National Security Act of 1947 – legislation drawn up by Wall Street’s favored law firms that created the Central Intelligence Agency, the National Security Council, and the US Air Force—the major US banks laid the foundations for the growth of a permanent “national security state” on a scale far beyond anything that had existed when Lenin first wrote of the “perfecting” of the bourgeois state.

The closing decades of the 20th century and the first 15 years of the 21st have witnessed an explosive growth of social inequality, as the US ruling class turned to financialization and dismantled vast sections of industry. Under these conditions, the Law of War Manual amounts to nothing less than a call for “all hands on deck” in defense of the capitalist order. Engaged in a relentless counterrevolutionary offensive that is destroying the living conditions of the vast majority of the global population, and facing an American population that is increasingly hostile towards all of the official institutions, the military chiefs in Washington and their paymasters on Wall Street are preparing to defend their privileges by means of dictatorship at home and total war internationally.

The author also recommends:

Gaza, Ukraine and US preparations for urban warfare [14 August 2014]

The militarization of America [25 July 2013]

Obama, the military and the threat of dictatorship [23 December 2008]

The US war and occupation of Iraq - the murder of a society [19 May 2007]

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern